

Wirtschaftsfunktionäre in dieser Frage eine klassenmäßige Position beziehen. Was aber gab es dabei nicht alles an Argumenten zu widerlegen, zum Beispiel: „In der Chemie stinkt und knallt es, schon solange es sie gibt. Unter so rauen Produktionsbedingungen wie in der Karbidfabrikation, in der Instandhaltung oder auf Großbaustellen fallen Störungen, Unfälle und andere Delikte zwangsläufig an.“

Die Genossen setzten dem entgegen: „Im Sozialismus steht der Mensch im Mittelpunkt — seine Bedürfnisse, Gesundheit und Sicherheit. Von diesem humanistischen Grundsatz wird die chemische Industrie nicht ausgeklammert. Richtiger, als nur im nachhinein Ursachen für Störungen und Havarien aufzudecken und zu beseitigen, ist es, ihnen vorzubeugen, um Schäden für Menschen und Produktionsanlagen von vornherein zu vermeiden.“ Die Genossen wurden nicht müde, die Ursachen von Unfällen und auch von „Beinahe-Unfällen“ zu analysieren und nachzuweisen, wie sie hätten verhindert werden können, wäre nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen worden.

Als einen Verbündeten gewannen die Genossen von Buna den sowjetischen Neuerer Bassow. Sie luden ihn in ihr Werk ein, berieten sich mit ihm über das Wesen seiner Initiative und verbreiteten sie im Kombinat. Im Sinne Bassows zu arbeiten, das verlangt kameradschaftliche gegenseitige Hilfe, bedeutet Erziehung und Selbsterziehung im Arbeitskollektiv zu Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit und Disziplin, konsequente Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen vom Leiter bis zu jedem Werkstätigen. In der Diskussion über das sozialistische Recht haben die Genossen also nicht Paragraphen auf die Tagesordnung gesetzt, sondern ideologische Fragen, die sozialistische Arbeitsmoral.

Inzwischen ist das Ringen um die Anerkennung als „Bereich vorbildlicher Ordnung und Sicherheit“ gut verstanden und zum Anliegen des Wettbewerbs geworden. Zur Unterstützung regte das Sekretariat der Kreisleitung an, Organe zu schaffen, die mit über die Wahrung der Gesetzlichkeit wachen — eine Kommission für Sicherheit im gesamten Kombinat und Sicherheitskollektive in allen Fach- und Betriebsdirektionen.

Die Bilanz in Buna: Die Arbeitsunfälle sind in den vergangenen zwei Jahren merklich zurückgegangen, die durch Brände entstandenen Schäden wesentlich geringer geworden.

Ideologischer Auftrag für die Genossen

Wenn die Genossen den Politbürobeschuß vom 7. Mai 1974 erörtern, dann ziehen sie vor allem die erzieherische Rolle unseres Rechts in Betracht. Der Beschluß rückt ja nicht den Rechtskonflikt ins Blickfeld, sondern die Aufgabe, die Achtung vor dem Gesetz zu erhöhen.

Damit ist schon der ideologische Auftrag angesprochen: Wer die Gesetzlichkeit festigen will, muß das Rechtsbewußtsein stärken. Die Bezirksleitung Halle verpflichtete deshalb die Grundorganisationen, der Erziehung der Genossen zu einer gefestigten sozialistischen Moral und zu hoher Partei- und Staatsdisziplin einen wichtigen Platz einzuräumen. Die parteiliche Erziehung der Genossen in Staats- und Wirtschaftsfunktionen soll so erfolgen, daß sie ihrer Verantwortung als Leiter von Kollektiven noch besser gerecht werden und jederzeit ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht nachkommen. Einleuchtend: Die Erläuterung des Rechts fällt auf günstigen Boden, wenn der Leiter den Bürgern ein Vorbild für Gesetzestreue ist. Die Rechtserziehung bleibt wirkungslos, läßt er

loformatöön

über Parteiinformation diskutiert

Die Stadtleitung Erfurt hat im Oktober einen Erfahrungsaustausch zu Fragen der Parteiinformation durchgeführt. Über 50 Genossen nahmen daran teil. Neben Sekretären von BPO bzw. APO und Parteigruppenorganisatoren waren auch die verantwortlichen Mitarbeiter der Stadtbezirksleitungen eingeladen. Ziel der Beratung war die schnelle Verbreitung der guten Erfahrungen bestimmter Parteiorganisationen und die ziel-

strebige Verbesserung der Information im Sinne der 12. Tagung des ZK der SED, besonders der Ausführungen des Genossen Erich Honecker über die höhere Qualität der Parteiarbeit. Genossin Rosemarie Seibert, 2. Sekretär der Stadtleitung, zeigte am Beispiel der Arbeitsweise der BPO Kombinat Umformtechnik und anderer Betriebe, wie die Parteiinformation der konsequenten Erfüllung der Parteibeschlüsse dient.

Diese und andere BPO werten monatlich ihre Tätigkeit nach folgenden Gesichtspunkten: Wie wurden die Parteibeschlüsse in der Grundorganisation ausgewertet? Wie wurden sie den Genossen und parteilosen Werkstätigen erläutert? Inwieweit ist es der Grundorganisation gelungen, die Parteibeschlüsse mit hoher Effektivität im Betrieb durchzusetzen? Wie nutzt die Leitung exakte Analysen und die Rechenschaftslegungen vor den Mitgliederversammlungen, um die Erfüllung der Parteibeschlüsse regelmäßig abzurechnen? Dabei